

## **Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine Cradle to Cradle - Ehrenamt**

### **1. Teile der landwirtschaftlich genutzten Böden in Brandenburg sind in einem schlechten Zustand. Wie wird Ihre Partei eine regenerative und biodiversitätsfördernde Landwirtschaft (im Rahmen der EU-Boden-Strategie 2030) für eine resiliente Lebensmittelversorgung fördern? Welche regionalen Nährstoffkreisläufe (z.B. Phosphor) will Ihre Partei diesbezüglich fördern?**

Die Linke möchte die Agrarfördermittel so einsetzen, dass damit vor allem Gemeinwohlbelange gefördert werden – unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange der Betriebe, für die eine besonders umweltverträgliche Landbewirtschaftung zum bestimmenden Geschäftsmodell werden soll. Dazu gehört auch die Förderung bodenschonender Bearbeitung. Dafür gibt es bereits positive Beispiele, etwa im Projekt „Klimabauern“. Dies soll durch Investitionsförderung, Vernetzung und Beratung ausgeweitet werden. Für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung verfolgen wir das Leitbild einer Kreislaufwirtschaft, in der Tierbestände so der Fläche angepasst werden, dass Futtermittelproduktion und Gülleentsorgung regional organisiert werden können. Beim Phosphor gibt es die Verpflichtung zur Rückgewinnung aus Klärschlämmen. Dabei muss das Land die Kommunen und Zweckverbände stärker unterstützen, weil diese Aufgabe nur regionsübergreifend effektiv gelöst werden kann.

### **2. Wie wird ihre Partei eine zukunftsfähige Mobilität und Logistik in einem Flächenland wie Brandenburg umsetzen? Inwiefern will Ihre Partei dabei den Cradle to Cradle Ansatz in der Mobilitäts politik verankern? (Informationen zu C2C in der Mobilitätspolitik finden Sie in unserem Impulspapier: [https://c2c.ngo/wp-content/uploads/2023/08/Impulspapier\\_Mobilitaet\\_Logistik.pdf](https://c2c.ngo/wp-content/uploads/2023/08/Impulspapier_Mobilitaet_Logistik.pdf))**

Mit einer reinen Umstellung der Antriebstechnologie bei Fahrzeugen ist es nicht getan. Ziel muss es sein, den öffentlichen Personennahverkehr so zu stärken, dass es für die Menschen attraktiv wird, vom Auto auf Bahn, Bus und Rad umzusteigen. Die Linke möchte das Mobilitätsgesetz nachschärfen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert und Takte verdichtet werden. Kostenfreie Schülerbeförderung und ein Sozialticket sollen auch Menschen mit wenig Geld die Nutzung des ÖPNV ermöglichen. Die Qualität von Bus und Bahn soll verbessert, das Radwegenetz ausgebaut werden. Im ländlichen Raum bedarf es zusätzlicher flexibler Angebote wie Ruf- und Bürgerbusse und ein öffentliches Leihauto-Angebot.

Wiederverwertbarkeit und Abfallvermeidung bei der Fahrzeugproduktion sind ein wichtiges Ziel, aber kaum auf Landesebene allein umsetzbar. Grundsätzlich werden wir innovative und nachhaltige Lösungen im Mobilitätsbereich, wie z.B. die Wiederverwertbarkeit von Fahrzeugbatterien, fördern.

### **Frage 3: Welche Elemente der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (Entwurf) möchte ihre Partei in Brandenburg besonders schnell umsetzen? (Stellungnahme von C2C NGO zur NKWS: [https://c2c.ngo/wp-content/uploads/2023/11/10.07.2024\\_Stellungnahme\\_NKWS\\_C2CNGO.pdf](https://c2c.ngo/wp-content/uploads/2023/11/10.07.2024_Stellungnahme_NKWS_C2CNGO.pdf))**

Grundsätzlich unterstützen wir alle Ansätze die zu einer Stärkung der Kreislaufwirtschaft und zur Senkung des primären Rohstoffbedarfs führen. Es muss geprüft werden, welche der aus der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie resultierenden Aufgaben auf Landesebene umzusetzen sind und welche Maßnahmen dafür erforderlich sind. Ziele und Maßnahmen müssen im Abfallwirtschaftsplan des Landes unteretzt werden. Möglichweise vordringlich umzusetzen sein könnten die Einführung von Kriterien in der öffentlichen Beschaffung und Anpassungen im Baurecht, etwa bezüglich der erleichterten Verwendung nachwachsender Rohstoffe als Baustoffe. Viele Rechtsetzungen werden allerdings der Bundesebene vorbehalten bleiben.

**4. Der Bausektor produziert einen Großteil des (nicht wiederverwendbaren) Abfallaufkommens und verbraucht zugleich erhebliche (endliche) Ressourcen. Wie will Ihre Partei die angestrebte Bauwende regulatorisch ermöglichen und strukturell befördern, insbesondere unter Einbeziehung regionaler Potenziale? Wie steht Ihre Partei diesbezüglich zu einem Rohstoffregister?**

Aus unserer Sicht gibt es in der Baubranche große Potentiale zur Steigerung der Ressourceneffizienz, der Material- und Energieeinsparung. Daher muss dieser Bereich so umgestaltet werden, dass er einer möglichst großen Gruppe der Bevölkerung individuellen Wohnraum zur Verfügung stellt und dabei sowohl die Umwelt schont, als auch die bestehende Substanz in Städten, Dörfern und Gemeinden berücksichtigt. Wir wollen dafür sorgen, dass es sich lohnt, Gebäude in ihrer Grundstruktur zu erhalten, sie energetisch zu sanieren, umzunutzen oder umzubauen, wo immer es möglich ist, anstatt sie abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen. Das wollen wir über eine Änderung der Bauordnung erreichen, welche die Sanierung besser berücksichtigt und die bestehenden Ressourcen besser nutzt. Sowohl bei Neubauten als auch bei Bestandsgebäuden ist beim Materialeinsatz und der Bauweise auf eine Reparaturfreundlichkeit und ressourcenoptimierte Bauweise zu achten. Außerdem werden wir Leitlinien für kreislaufgerechtes und ressourcenschonendes Bauen erarbeiten sowie eine Konzeption entwickeln, um eine Sekundärbaustoffbörse aufzubauen, um Angebot und Nachfrage möglichst regional zu verknüpfen. Damit wollen wir den Kommunen und Bauträgern Möglichkeiten aufzeigen, um ressourcenschonender zu bauen. Im Rahmen der Erarbeitung eines Konzepts und der Erstellung von Leitlinien stehen wir der Idee eines Rohstoffregisters für Brandenburg offen gegenüber.

**5. Wie will Ihre Partei den Umbau der Brandenburger Energiewirtschaft (Primärenergie) von fossilbasiert zu erneuerbar als neuem Standard vorantreiben?**

Unser Ziel ist es, dass die Energieproduktion in Brandenburg bis zum Jahr 2030 vollständig aus erneuerbaren Energien abgesichert werden kann. Dafür wollen wir so schnell wie möglich aus der Nutzung der Braunkohle zur Energiegewinnung aussteigen. Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet wird. Deshalb wollen wir Bürgerenergiegenossenschaften, also den Zusammenschluss von mehreren Bürgerinnen und Bürgern, unter möglicher Beteiligung von Kommunen, fördern und dafür sorgen, dass Entscheidungsmacht und Gewinne bei der Energieerzeugung vor Ort bleiben. Das sorgt für Akzeptanz und Basisdemokratie in der Energieversorgung. Wir werden die Kommunen in die Lage versetzen, Wind- und PV-Anlagen in öffentlicher Hand zu bauen und zu betreiben. Langfristig werden wir gemeinsam mit den Kommunen die Stromnetze in öffentliche Hand überführen. Nur so kann bezahlbare und erneuerbare Energieversorgung sichergestellt werden. Mit einem Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch die Anwohnerinnen und Anwohner finanziell beteiligt werden müssen (direkt oder indirekt über Lokalstromtarife usw.), wenn Anlagen vor Ort errichtet werden.

**6. Wie soll Brandenburg nach den Vorstellungen Ihrer Partei auf kommunaler und Landesebene seiner Vorbildrolle bei nachhaltigen Investitionen (besonders bei öffentlicher Beschaffung und Vergabe) gerecht werden?**

Nachhaltige Investitionen und die nachhaltige Beschaffung sind für uns ein zentraler Baustein bei der Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Das Land und seine Kommunen spielen dabei eine zentrale Rolle und haben damit einen erheblichen Einfluss auf die sozial-ökologische Transformation. Deshalb werden wir das Kriterium der Nachhaltigkeit im Brandenburgischen Vergabegesetz stärker berücksichtigen. In einem Sofortprogramm werden wir die Beschaffung von Strom, Wärme und Transportfahrzeugen auf Landesebene dekarbonisieren. Innovative und nachhaltige Produkte und Dienstleistungen werden wir fördern und nachhaltig wirtschaftende Unternehmen unterstützen. Gerade kommunale Vergabestellen können nachhaltige Beschaffung oft aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht leisten. Dabei vergeben diese rund 80 Prozent der Aufträge der öffentlichen Hand.

Deshalb werden wir die Vergabekompetenz auf Landesebene zentralisieren, um eine einheitliche, effiziente und nachhaltige Beschaffungspraxis für Produkte und Dienstleistungen rechtssicher in den Kommunen zu etablieren. Durch Kompetenzbündelung wollen wir Beschaffungsprozesse erleichtern, kommunale Vergabestellen entlasten, gezielte Schulungen ermöglichen und eine fundierte Qualitätskontrolle ermöglichen.

**7. Wie wird Ihre Partei nachhaltiges Denken und Handeln in der Gesellschaft mithilfe lokaler Initiativen und Expertise stärken und inwiefern will Ihre Partei das C2C-Prinzip in diesem Zusammenhang in Lehrpläne und Bildungspolitik integrieren?**

Es gibt im Bereich Nachhaltigkeit in Brandenburg ein ausgeprägtes zivilgesellschaftliches Engagement durch zahlreiche regionale Initiativen und landesweite Akteure wie den Nachhaltigkeitsbeirat, die Nachhaltigkeitsplattform und das Jugendforum Nachhaltigkeit. Diese wollen wir weiterhin unterstützen und stärken. Für alle Gesetzesvorhaben und Strategien soll ein Nachhaltigkeitscheck eingeführt werden. Die Nachhaltigkeitsindikatoren müssen überarbeitet und Grundlage einer regelmäßigen Berichterstattung werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll sowohl schulisch als auch außerschulisch gestärkt werden. Dabei ist der Umgang mit Ressourcen und damit auch der C2C-Gedanke ein wesentlicher Bestandteil.